

Resolution der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg zur Schließung der Gynäkologie- und Geburtsstation in der Paracelsus-Klinik Henstedt-Ulzburg

29.09.2022 19:28

Sehr geehrte Frau Landesministerin Prof. Dr. Kerstin von der Decken,
sehr geehrter Herr Bundesminister Prof. Dr. Karl Lauterbach,

mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben die Gemeinde Henstedt-Ulzburg, die umliegenden Kommunen, deren Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die betroffenen werdenden Mütter und Väter am Abend des 5. Septembers 2022 erfahren müssen, dass mit der Schließung der Gynäkologie- und Geburtenstation der Paracelsus-Kliniken Henstedt-Ulzburg – bis dato das Aushängeschild der dortigen Klinik – ein weiterer, großer Einschnitt in die regionale, medizinische Grund- und Regelversorgung, jetzt für werdende Mütter und ihre Familien, erfolgen soll.

Diese sehr schlechte und nicht nachvollziehbare Entscheidung der Paracelsus-Kliniken war dann auch Aufmacher in den Regionalzeitungen (Kieler Nachrichten, Norderstedter Zeitung, Segeberger Zeitung pp.) in den folgenden Tagen.

Für zehntausende Mitbürgerinnen und Mitbürger der Region von Norderstedt bis Neumünster – mit fast 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar und schon einmal haben die Menschen hier erfahren, wie die Verantwortlichen der Paracelsus-Kliniken mit der Region umgegangen sind.

Im Jahre 2000 hat der Kreistag des Kreises Segeberg einen Beschluss gefasst, das damalige Kreiskrankenhaus Kaltenkirchen zu verkaufen, in dem Glauben, dass dort auch danach die medizinische Grund- und Regelversorgung gewährleistet sei. Ein offensichtlich großer Irrtum, denn unmittelbar danach wurde dort als eine der ersten Maßnahmen die Geburtsstation geschlossen.

Es dauerte noch knapp 10 Jahre, dann war das ehemalige Krankenhaus Kaltenkirchen Geschichte! Zum Ausgleich flossen über 30 Millionen Euro an Fördermitteln in die Paracelsus-Klinik nach Henstedt-Ulzburg, um diese zu modernisieren und fit für die Zukunft und zur Sicherung der dauerhaften medizinischen Grund- und Regelversorgung zu machen! Doch nun scheint auch dieses Steuergeld verbrannt worden zu sein und die Folgen haben wieder einmal die Menschen in der Region zu ertragen.

Dieser Vorgang zeigt einmal mehr, dass die medizinische Grund- und Regelversorgung nur in den Händen von privatwirtschaftlich geführten Krankenhäusern nicht gewährleistet werden kann. Es scheint daher ein umfängliches Umdenken erforderlich, um zukünftig für unsere Region von fast 200.000 Menschen an der BAB 7 von Norderstedt bis Neumünster – und hier insbesondere für die werdenden Mütter – eine zeitgemäße, medizinisch vernünftig ausgestattete und schnell erreichbare Gynäkologie- und Geburtenstation dauerhaft zu etablieren.

Sehr geehrte Frau Landesministerin, sehr geehrter Herr Bundesminister, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich für eine sachgerechte und ausreichende Finanzierung der Geburtshilfe einsetzen und wir freuen uns auf Ihre Stellungnahmen und insbesondere darauf zu erfahren, welche Maßnahmen Sie ergreifen wollen und werden, damit die Versorgung der werdenden Mütter, der Neugeborenen und der jungen Familien in unserer Region zukünftig und dauerhaft vor Ort gewährleistet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg - Bürgervorsteher Henry Danielski